

ankommen, auf der andern Seite gibt es Moratorien, die nicht verstanden werden. Aber wir werden auch das – es gibt keine Tabus mehr, und die PTT haben einen entsprechenden Auftrag – ganz genau analysieren. Deshalb bin ich mit Ihnen einverstanden: es ist in jeder Beziehung Handlungsbedarf vorhanden.

Ich möchte Herrn Schüle danken. Er hat die Zahlen auf den Tisch gelegt. Er hat die Analyse vorgenommen. Ich brauche dem eigentlich nichts mehr beizufügen und möchte noch die Fragen von Frau Weber und von Herrn Morniroli beantworten. Grundsätzlich, Frau Weber, ist ein Stellenabbau nicht einfach vorgesehen. Und wenn Sie die Zeitung weitergelesen und vor allem das Radio-Interview von Herrn Präsident Syz gehört haben, dann hat er nicht einfach von einem Abbau gesprochen, sondern es wird von den PTT für das Personal alles unternommen. Ich glaube, die PTT haben sich durch eine saubere Personalpolitik ausgezeichnet. Und diese saubere, seriöse Personalpolitik wird nicht von heute auf morgen geändert werden. Aber die PTT müssen oder dürfen sich der veränderten Situation anpassen, wenn ich das einmal so sagen darf. Sie haben vorhin mit einer Mimik und mit einer klaren Gestik zum Ausdruck gebracht, dass die PTT jetzt von einer unternehmerischen Seite her geführt werden müssten. Da gibt es einfach gewisse Tabus, die wir angehen müssen. So sind Umlagerungen auf andere Bereiche vorgesehen, beispielsweise auf das Marketing, auf das Auslandgeschäft. Dieses Auslandgeschäft wird für die PTT ein «must» werden, die PTT müssen sich mit dem Auslandgeschäft auseinandersetzen. Und selbstverständlich sollen soziale Härten, Frau Weber, wenn immer möglich vermieden werden. Es ist ganz klar: Wenn es dann so weit ist, dass ein Sozialplan nötig ist, dann werden es die PTT tun, aber noch ist es nicht soweit. Noch werden einige Liter Wasser die Aare hinunterfliessen, bis diese neue Organisation, die ja nicht von Herrn Syz, sondern von der ehemaligen Generaldirektion als «OFS-Projekt» eingeleitet worden ist, realisiert sein wird. Es ist in diesem Sinne gesprochen nicht das Verdienst von Herrn Syz; er wird das dann als Präsident der Generaldirektion PTT zu vollziehen haben. Aber eines möchte ich Ihnen auch sagen. Die PTT dürfen nicht einfach jedes Jahr so wachsen wie in den letzten Jahren. Jedes Jahr 1000 Arbeitsplätze mehr – das ist nicht möglich! Ich habe es oft gesagt: die PTT müssen sich mit ihrer eigenen Grösse beschäftigen.

Schliesslich noch zu Herrn Morniroli. Die Uebermittlungszeit beim Fax hängt natürlich von verschiedenen Faktoren ab, beispielsweise von den benützten Geräteanlagen, dann auch von der Netzqualität sowie vor allem von der Länge der Dokumente. Das ist eine banale Bemerkung. Die Telefonzentralen unterscheiden nicht, ob ein Gespräch oder ob Daten übermittelt werden. Sie sind daher nicht in der Lage, die Geschwindigkeit der Fax-Uebermittlung zu beeinflussen. Eine Manipulation bei den Endgeräten ist nicht möglich, da sie ja auf dem freien Markt beschafft werden können. Die PTT wehren sich also nicht gegen die Neuerungen. Hier möchte ich klar und deutlich sagen, Herr Morniroli: Als ich Sie argumenieren hörte, hatte ich den Eindruck, Sie gingen von der alten Fernmeldeordnung aus. Ihre Intervention zeigt eigentlich klar und deutlich, dass es eine neue Fernmeldeordnung brauchte, nämlich ein neues Fernmeldegesetz. Dieses Fernmeldegesetz ist seit dem 1. Mai 1992 in Kraft. Es sind nicht mehr die PTT, die diese Fax-Geräte zulassen – Sie können also nicht Mitspieler und Schiedsrichter gleichzeitig sein –, sondern es ist jetzt das Bakom. Und schnellere und bessere Fax-Geräte werden beim Bakom zugelassen. Sie müssen aber den technischen Normen entsprechen. Sie wissen das. In diesem Zusammenhang werden bald – ich hoffe sehr rasch – Verbesserungen kommen, und das auch in Ihrem Sinn.

Eine strengere Kontrolle der Investitionen, die Sie am Schluss angesprochen haben, ist bei den PTT vorgesehen. Ebenfalls keine Differenzen haben wir mit dem Preisüberwacher. Alle diese Tarifmassnahmen werden immer mit dem Preisüberwacher diskutiert, und wenn wir Differenzen haben, bereinigen wir in der Regel diese Differenzen.

Ich möchte meine Ausführungen nicht abschliessen, ohne meinerseits dem Personal bestens für die Leistungen zu dan-

ken, die wir einfach so entgegennehmen, ohne zur Kenntnis zu nehmen, was dahintersteht. Es ist mir bei dieser Gelegenheit auch ein Anliegen, Herrn Präsident Trachsel herzlich zu danken. Er hat seine Präsidentschaft 1989 angetreten und musste die PTT-Betriebe in einer recht schwierigen Zeit führen, und für diese gute Führung gebührt ihm der Dank des Bundesrates. Ich habe gerne zur Kenntnis genommen, dass auch Sie ihm gedankt haben, und werde ihm das mit A-Post weiterleiten.

**Präsidentin:** Die Kommission beantragt Genehmigung des Geschäftsberichtes und der Rechnung der PTT-Betriebe.

*Zustimmung – Adhésion*

*Eintreten ist obligatorisch*

*L'entrée en matière est acquise de plein droit*

**A. Bundesbeschluss über die Geschäftsführung des Bundesrates im Bereich der PTT-Betriebe im Jahr 1991**

**A. Arrêté fédéral approuvant la gestion du Conseil fédéral dans le domaine des PTT pour l'année 1991**

*Gesamtberatung – Traitement global du projet*

**Titel und Ingress, Art. 1, 2**

**Titre et préambule, art. 1, 2**

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes

41 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

**B. Bundesbeschluss über die Finanzrechnung der PTT-Betriebe für das Jahr 1991**

**B. Arrêté fédéral concernant le compte financier de l'Entreprise des PTT pour l'année 1991**

*Gesamtberatung – Traitement global du projet*

**Titel und Ingress, Art. 1–4**

**Titre et préambule, art. 1–4**

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes

34 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

92.3052

**Dringliche Interpellation Schiesser  
Postcheckämter, Verarbeitungszentren  
Interpellation urgente Schiesser  
Offices des chèques postaux, centres  
de traitement**

*Diskussion – Discussion*

Siehe Seite 250 hiavor – Voir page 250 ci-devant

**Schiesser:** Ich kann mich kurz fassen: Der Entscheid ist gefallen, und es würde mir niemand glauben, wenn ich beteuerte, dass ich über diesen Entscheid nicht erfreut sei, und zwar aus zwei Gründen: Zum einen haben die zuständigen Organe der PTT offenbar erkannt, dass es auch die Randregionen zu berücksichtigen gilt; zum zweiten freut der Entscheid mich per-

sönlich, weil auch die von mir vertretene Region berücksichtigt worden ist.

Bundesrat Ogi hat bei der Beantwortung der Interpellation ausgeführt: «Für uns gibt es nicht nur Bern und die Agglomeration und das Mittelland, sondern es gibt für uns auch das Rand- und das Berggebiet.» Ich habe damals nicht so recht daran geglaubt, dass dem in der Praxis wirklich so ist. Ich nehme aber gerne zur Kenntnis, dass diese Bemerkung nicht nur eine leere Versprechung gewesen ist, sondern in die Praxis umgesetzt wird, und zwar insbesondere in Randregionen, die sonst kaum auf Arbeitsplätze des Bundes hoffen können. Es wird kaum jemand auf die Idee kommen, ein Bundesamt in die Ostschweiz oder in die Innerschweiz zu verlegen. Eine solche Verlagerung – das haben wir bei der entsprechenden Uebung gesehen – beschränkt sich auf die Nachbarkantone von Bern. Ich erinnere an die Verlegung des Bundesamtes für Wohnungswesen nach Grenchen. Diese Feststellung zeigt, dass eben anderweitig versucht werden muss – also z. B. bei den Regiebetrieben PTT und SBB –, Arbeitsplätze in jene Regionen zu verlegen, die sonst unberücksichtigt blieben.

Die dringliche Interpellation hat eine Facette aus einem grösseren Problembereich herausgegriffen. Es geht um die vom Bund betriebene Regionalpolitik, und dabei sind die Arbeitsplätze der PTT und der SBB nur ein Bestandteil. Ich zitiere aus dem Legislaturbericht. Unter Ziel 35 heisst es: «Die zu erwartenden Entwicklungen verlangen eine generelle Ueberprüfung der direkten regionalpolitischen Instrumente des Bundes. Im Vordergrund stehen die Dezentralisierung bisheriger Vollzungsaufgaben und -kompetenzen, die verstärkte regionalpolitische Koordination der Bundestätigkeiten und die Einbindung der Regionalpolitik in den europäischen Rahmen.» Als ich diese Sätze im Legislaturbericht las, habe ich nicht so recht daran geglaubt, dass man so rasch einen Schritt in diese Richtung tun würde. Ich nehme gerne zur Kenntnis, dass man offenbar auch im Bundesrat bestrebt ist, den Vorgaben im Legislaturbericht nachzuleben. Ich hoffe, dass dies nur der Anfang war und dass im Laufe der Legislaturperiode weitere derartige Entscheide folgen mögen. Es wird Sache unseres Rates sein, diese Entwicklung aufmerksam zu verfolgen und zu intervenieren, wenn dies nicht der Fall sein sollte.

Abschliessend möchte ich der Generaldirektion der PTT-Betriebe dafür danken, dass sie das Element der Regionalpolitik bei ihrer Entscheidung massgebend mitgewichtet hat.

**Büttiker:** Herr Schiesser ist erfreut, andere sind es weniger, insbesondere jene, die einen doppelten Verlust aus diesem Standortraubzug der PTT erleiden. Ich kann mir vorstellen, dass Herr Schiesser, als er die Interpellation eingereicht hat, ebenfalls gewisse Verluste zu befürchten hatte.

Wir alle wissen: Die PTT sind in einem enormen Wandel begriffen. Bisherige Leistungen müssen überprüft werden: Verlangen die Kunden diese in der bisherigen Qualität? Kann der Service rationeller und kostengünstiger angeboten werden? Welche Marketing-Massnahmen und welche Schulungskurse für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nötig, um die Dienstleistungen optimal zu positionieren und effizient anzubieten? Natürlich sind die PTT gefordert, neue Wege zu gehen und auch bei einzelnen Leistungen, wie beim Zahlungsverkehr, die Automatisierung voranzutreiben. Unerträglich, Herr Bundesrat, ist es aber, wenn im Rahmen eines derartigen Automatisierungsprojektes Standortentscheide nicht mehr nach generell gültigen Kriterien vorgenommen werden, sondern willkürlich, indem ein Mix von Argumenten und Präferenzen zu einer eigentlichen Standortlotterie führt. Zwar wird behauptet, bei der Auswahl der sechs Standorte der Automationszentren Zahlungsverkehr PTT seien regionale, sprachliche, personal- und arbeitsmarktpolitische, volkswirtschaftliche und verkehrsmässige Kriterien berücksichtigt worden. Ehrlicher wäre es wohl gewesen, die PTT hätten klar gesagt, zwei der Standorte seien zur Beruhigung der Randregionen gewählt und die übrigen eher nach kurzfristigen, z. B. mietvertraglichen oder anderen, von aussen kaum nachvollziehbaren Ueberlegungen ausgewählt worden. Ein einheitlicher Raster von Kriterien dürfte wohl kaum angewendet worden sein. Sonst wären neben Standorten wie Netstal und Bulle weitere eher peripherere Re-

gionen oder kleinräumige Zentren wie Thun, Olten oder Solothurn gewählt worden. Haben hier jene Randregionen den Zuschlag erhalten, die sich am lautesten bemerkbar machten, während die übrigen leer ausgingen? Heisst dies für unsere Regionen und Kantone, dass man nur noch mit möglichst massiven Interventionen beim Bund und bei dessen Anstalten Erfolg haben kann? Führt dies nicht zu einem Kampf, bei dem der Bundesrat, aber auch die Politik als Ganzes nur verlieren können? Damit zusammenhängend müssen wir die Frage stellen, ob die PTT überhaupt über eine umfassende Standortstrategie verfügen. Wer wie die PTT als öffentliches Unternehmen rationalisieren und automatisieren muss, wird künftig wohl hie und da unpopuläre Standortentscheide zu treffen haben. Können es sich die PTT leisten, periodisch mit derart negativen Schlagzeilen in der Presse zu stehen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Kundinnen und Kunden, aber auch die Regierungen einzelner Kantone noch und noch im Vorfeld zu verunsichern? Es ist an der Zeit, dass sich Bundesrat, Verwaltung sowie Generaldirektion PTT dieser Problematik bewusst werden. Wir verlangen eine umfassende Standortstrategie, welche nicht viertel- bis halbjährlich neue Teilentscheide für die Bereiche Ausbildung, Postcheck, Briefverteilzentren usw. bekanntgibt, denn leicht können sich einzelne Regionen sonst einmal übervorteilt fühlen, weil immer die anderen die attraktiven Häppchen erhalten. Es kann nicht angehen, dass in einzelnen Regionen, gerade auch im Kanton Solothurn, nur gerade die weniger attraktiven zentralen Serviceleistungen der PTT produziert werden, welche wenige Arbeitsplätze bieten, aber einen enormen Flächenbedarf haben.

Aufgabe der vorgesetzten politischen Behörden ist es meines Erachtens, diese Standortentscheide in einen grösseren Zusammenhang zu stellen und eine Gesamtdarstellung der in den nächsten Jahren zu treffenden Entscheide zu geben. Nur mit einem derartigen Ueberblick kann es einem föderalistischen Gemeinwesen gelingen, attraktive und auch weniger beliebte Teile der PTT-Verwaltung regional einigermaßen ausgewogen zu verteilen. Hier ist meines Erachtens das EVED gefordert, der Generaldirektion PTT Vorgaben zu machen, um zu einer nicht nur betriebswirtschaftlich, sondern auch regionalpolitisch adäquaten Gesamtstrategie über Standorte, Service und Ausbildungszentren der PTT zu kommen.

**Piller:** Erlauben Sie auch mir als ehemaligem Präsidenten der Apoco-Gruppe eine Bemerkung. Ich muss Ihnen folgendes sagen: Gut, Freiburg und Bulle haben einen Standort erhalten, das freut mich sehr, aber seien wir einmal ganz ehrlich. Die PTT haben ihr erstes Automatisierungsprogramm basierend auf den 25 Postcheckämtern vorgelegt, wohl wissend, dass jedes Amt, das aufgehoben werden muss, grosse politische Diskussionen bringt. Das ist ganz klar.

Es war die Geschäftsprüfungskommission, die die PTT gezwungen hat, auf nur sechs Postcheckämtern abzubauen. Ich war als Präsident der Apoco-Gruppe zu dieser Sitzung eingeladen. Wir haben damals festgestellt, es werde eine grosse politische Diskussion geben, gerade auch im Rat, denn jede Region werde sagen: Ueberall kann aufgehoben werden, aber nur nicht bei uns.

Die Geschäftsprüfungskommission wollte das aber durchziehen: Das müsse jetzt kommen. Jetzt haben wir das Resultat; von 25 Aemtern bleiben sechs übrig. Die Verteilung – gut, ich sage das als Freiburger, und wir haben ein Zentrum erhalten – habe ich als einigermaßen gerecht empfunden, denn eine andere Verteilung ist praktisch gar nicht möglich, wenn Sie 19 Aemter aufheben müssen. Irgendwie ist das schmerzlich, aber wir haben vom Parlament aus den PTT und dem Bundesrat diesen Auftrag gegeben. Ich bin der Meinung, dass wir, wenn wir mehr unternehmerische Freiheit fordern, wenn wir von diesem Unternehmen mehr Leistung verlangen, diesen Preis zahlen müssen. Da gibt es eben Enttäuschungen, und es gibt solche, die beglückt werden. Wir müssen hier ganz ehrlich sein und im Grunde genommen den PTT danken, dass sie so rasch gehandelt und diesen Entscheid, diese Forderung des Parlamentes, umgesetzt haben. Ich würde das auch sagen, wenn Freiburg nicht mit einem Zentrum beglückt worden wäre, weil wir damals in der Kommission ganz klar gesagt haben: Wenn

wir dies fordern, müssen wir auch den Preis dafür bezahlen. Jetzt müssen wir eben leider Gottes diesen Preis bezahlen. Ich betone noch einmal: Die PTT haben diese Diskussion vorausgesehen und darum im ersten Projekt auf den bestehenden Postcheckämtern aufgebaut. Wir wollten das nicht mehr!

**Bundesrat Ogi:** Was stelle ich jetzt fest: Des einen Freud', des anderen Unzufriedenheit, und das erst noch in der gleichen Partei!

Herr Piller hat es gesagt: Sie, die Sektion der GPK, hat von uns rasches Handeln verlangt, das heisst von den PTT. Et voilà le résultat: Wir haben Ihnen dieses Resultat nun unterbreitet. Wir hatten den Auftrag, rasch von 25 Verarbeitungszentren im Zahlungsverkehr auf sechs zu reduzieren. Das haben wir getan.

Herr Schiesser hat am 2. März 1992 eine Interpellation eingereicht. Die PTT haben ausgeführt. Ich möchte Ihnen empfehlen, den PTT etwas mehr zu glauben, etwas mehr Vertrauen zu schenken. Da möchte ich den Bundesrat noch einbeziehen; wir haben rasch gehandelt, aber ich würde bitten, die «Fichenangelegenheit» sollten wir noch hier in Bern erledigen, wenn Sie mir diesen Ausspruch gestatten.

Wir haben ausgeführt, gehandelt, und jetzt ist das Resultat da. Wenn nun Herr Büttiker kommt und sagt, dass sei eine Willkür, es sei eine Standortlotterie, dann muss ich ihm sagen: Das ist nicht der Fall, sondern kontrollierbare Kriterien wurden angewendet, und diese sprachen leider gegen den Kanton Solothurn. Das tut mir leid. Aber ich möchte Sie trotz allem bitten, diese Entscheide mit aller Objektivität zu beurteilen.

Die PTT hatten auch vom Verwaltungsrat den Auftrag, im Rahmen von Apoco das Nötige zu unternehmen. Der politische Druck wurde durch Sie ausgelöst. Die PTT und vor allem der Verwaltungsrat haben auch hier die ihnen gestellte Aufgabe erfüllt. Sie haben das ausgeführt, was Sie gewünscht haben – da war Herr Büttiker noch im Nationalrat.

Ich möchte Sie bitten, diesen Entscheid zu akzeptieren und die PTT weiterhin zu unterstützen. Sie haben keine «Willkürkurve» gezogen, sondern sie haben nach feiner Abwägung aller Vor- und Nachteile die Entscheide getroffen, die Sie von ihnen verlangt haben. Voilà, c'est le résultat!

92.3126

## **Motion Roth**

### **Bahnverbindungen mit Frankreich zwischen Basel und Genf**

### **Relations ferroviaires avec la France entre Bâle et Genève**

#### *Wortlaut der Motion vom 20. März 1992*

Der Bundesrat wird ersucht, im Sinne von Artikel 7 Absatz 2 des Alpentransit-Beschlusses vom 4. Oktober 1991, dem Parlament bis Ende 1993 ein Gesamtkonzept über die Verbesserung der Bahnverbindungen mit Frankreich, nicht nur über die Anschlüsse in Basel und Genf, zu unterbreiten.

Dieses Konzept müsste einen Zeitplan und eine Kostenschätzung enthalten und auch die Fragen im Bereich des grenzüberschreitenden Regionalverkehrs miteinbeziehen.

#### *Texte de la motion du 20 mars 1992*

Le Conseil fédéral est invité à présenter au Parlement jusqu'à la fin 1993 une conception d'ensemble sur l'amélioration des relations ferroviaires avec la France entre Bâle et Genève, selon l'article 7, 2e alinéa, de l'arrêté sur le transit alpin du 4 octobre 1991.

Cette conception devrait prévoir un calendrier, une estimation des coûts et également intégrer la problématique du trafic régional transfrontalier.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Béguin, Bloetzer, Cavadini Jean, Cottier, Flückiger, Martin Jacques, Reymond (7)

**M. Roth:** Dans cette motion, j'ai demandé l'élaboration d'une conception d'ensemble sur l'amélioration des relations ferroviaires avec la France entre Bâle et Genève, fondée sur l'article 7 de l'arrêté sur le transit alpin. Cette motion permet avant tout de demander au Conseil fédéral ses intentions précises sur le trafic international en direction de la France. Vous savez bien qu'il y a toute une série d'arguments en faveur du maintien de ces lignes, arguments que je vous livre ici.

Il y a tout d'abord un risque de démantèlement qui est naturellement très réel si on pense, par exemple, à la suppression du Simplon-Express Paris–Lausanne–Balkans, à la fermeture prochaine de la ligne Delle–Belfort, affaire dans laquelle on n'a pas beaucoup entendu les CFF, et à la volonté de transférer le trafic régional sur la route sur la ligne Neuchâtel–Pontarlier qui prélude aussi à d'autres suppressions. Enfin, il faut songer aussi à la précarité de la ligne Le Locle–Besançon, sans oublier les fermetures de lignes intervenues depuis la fin de la dernière guerre. Pour les colis, par exemple, les CFF viennent de proposer à la SNCF que le trafic des colis internationaux transite par deux points frontière uniquement, Bâle et Genève, au lieu des cinq qui existent actuellement et incluent Vallorbe, Pontarlier et Delle. A côté des grands axes de transit, il est indispensable de disposer aussi d'un maillage plus étroit de l'espace européen. Dans ce cadre, les lignes transfrontalières situées entre Genève et Bâle sont un complément idéal aux axes d'importance européenne et aux lignes à haute performance et ce, même si les lignes de l'Arc jurassien n'auront bien sûr jamais la même importance que les lignes de Genève et de Bâle. Supprimer les lignes existantes créerait un trou ferroviaire de 200 km à vol d'oiseau.

Ensuite, l'intégration des régions et les échanges internationaux vont augmenter certainement avec la mise en vigueur de l'Espace économique européen et l'adhésion éventuelle à la Communauté européenne. Dans ce cadre, il est important de disposer d'un maximum de points d'entrée et de bénéficier de liaisons de qualité permettant de décharger les axes principaux de plus en plus congestionnés. Le trafic international à courte et moyenne distance prend de l'importance. Un potentiel considérable existe avec les déplacements des frontaliers habitant en France et travaillant en Suisse. D'autre part, des échanges se développent avec le renforcement d'entités régionales transfrontalières.

Vous-même, Monsieur le Conseiller fédéral, vous avez récemment exprimé dans le *Nouveau Quotidien* du 25 mai, que j'ai d'ailleurs lu avec intérêt, votre souci de voir rééquilibrer les relations de la Suisse avec l'Italie et la France. Ce rééquilibrage passe aussi par l'encouragement des relations interrégionales transfrontalières pour lesquelles des voies de communication performantes sont indispensables. Rappelons que la Suisse possède 572 km de frontières avec la France, 734 km avec l'Italie, contre seulement 346 km avec l'Allemagne et 165 km avec l'Autriche. Le concept des nouvelles lignes transversales ferroviaires repose sur l'idée d'un développement en réseaux; c'est également le sens du concept RAIL 2000 et de la conception européenne des transports. L'amélioration des liaisons ferroviaires existantes est le garant d'un équilibre entre régions et devrait éviter des concentrations excessives. Par ailleurs, il est bien difficile de créer de nouvelles infrastructures, vous le savez bien. Les exemples de RAIL 2000 et des nouvelles transversales sont là pour le prouver. Dans ces conditions, on ne peut pas se permettre de sacrifier celles qui existent pour devoir les regretter dans quelques années, parce qu'actuellement ne rien faire revient à laisser mourir des axes et des moyens de transport à travers le Jura.

Je ne veux pas allonger sur ces arguments qui vous sont connus, mais j'aimerais relever en conclusion un aspect qui est très important à mes yeux dans cette question. Dans la perspective du vote du 27 septembre sur les transversales alpines, je crois qu'il est important pour toute la population de la chaîne jurassienne que vous vous exprimiez clairement, Monsieur le Conseiller fédéral, au nom du Conseil fédéral, sur la façon dont vous interprétez cette clause de l'article 7 du transit

## **Dringliche Interpellation Schiesser Postcheckämter, Verarbeitungszentren**

### **Interpellation urgente Schiesser Offices des chèques postaux, centres de traitement**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.3052
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	16.06.1992 - 08:00
Date	
Data	
Seite	516-518
Page	
Pagina	
Ref. No	20 021 448